



Aktuelle Informationen aus Brüssel

Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Nr. 07/09 vom 28.09.2009

I.	Aus den Fachbereichen.....	2
1.	Justiz	2
1.1.	EuGH: Einfrieren von Geldern von mutmaßlichen Terroristen verstößt nicht gegen Unschuldvermutung.....	2
1.2.	KOM-Präsident: Pläne für eigenständiges Justizresort	2
2.	Polizei und Katastrophenschutz	3
2.1.	KOM: Europäischer Aktionsplan gegen Drogen	3
2.2.	KOM: Strafverfolgungsbehörden und Europol sollen Zugriff auf EURODAC erhalten	3
2.3.	Zwei Personen aus sog. EU-Terrorliste gestrichen	3
2.4.	RAT: „Interimsabkommen“ zum Austausch von Bankdaten mit den USA zur Terrorismusbekämpfung.....	4
2.5.	KOM: Änderung Führerschein-Richtlinie – gesundheitliche Anforderungen	4
3.	Inneres.....	4
3.1.	Rat der Justiz- und Innenminister am 21./22.09.2009 in Brüssel	4
3.2.	KOM: Neues Flüchtlingsprogramm („Resettlement“).....	5
3.3.	KOM: Bericht über die Entwicklung des Visa-Informationssystems (VIS) in 2008	5
3.4.	KOM: Tätigkeitsbericht 2008 der EURODAC-Zentraleinheit	5
3.5.	KOM: Letzter Appell zur freiwilligen Einführung eines neuen Fahrzeugsicherheitssystem „ecall“	6
3.6.	Eurostat: Europa in Zahlen - Jahrbuch 2009 veröffentlicht.....	6
3.7.	EuGH: Urteil zur Zulässigkeit des staatlichen Glücksspielmonopols (Rechtssache C-42/07 – „Liga Portuguesa“)	6
3.8.	EuGH: Urteil zum Begriff der Dienstleistungskonzession (Rechtssache C-206/08 – „WAZV Gotha“).....	7
3.9.	Widerruf der Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft von Irakern.....	7
4.	Wirtschaft.....	8
4.1.	Mitteilung zur Innovationspolitik und öffentliche Konsultation veröffentlicht	8
5.	Verkehr	8
5.1.	Verkehrsforschung in der EU	8
5.2.	Schienenverkehr: Harmonisierung erfolgreich, aber zu langsam	8
5.3.	Ex- Post- Analyse 2000-2006 im Verkehrsbereich	9
5.4.	Neuregelung zum Marco Polo II	9
6.	Energie	9
6.1.	Einigung auf "Fonds Marguerite“	9
7.	Kultur und Medien	9
7.1.	Neue Studie: Der Einfluss von Kultur auf Kreativität	9

8.	Forschung.....	10
8.1.	FP7: Neue Ausschreibungen im Themenbereich "Transport" veröffentlicht.....	10
8.2.	ERA for dummies	10
8.3.	Nachhaltige Forschung.....	10
8.4.	ERC Starting Grant: Erfolgreiche Antragsteller veröffentlicht.....	10
8.5.	EIT: Dr. Gérard de Nazelle als neuer Direktor gewählt	10
9.	Bildung und Jugend.....	11
9.1.	Unterrichtshilfen für Lehrer	11
9.2.	ERASMUS: 2 Millionen-Schwelle überschritten	11
9.3.	LEONARDO DA VINCI: Schulungsseminar in Bonn	11
9.4.	GRUNDTVIG Lernpartnerschaften: 139 Förderzusagen.....	11
9.5.	Sprachenlernen in der EU: Kleine Länder vorn	12
10.	Landwirtschaft	12
10.1.	Milchkrise.....	12
10.2.	Gentechnik und Futtermittel.....	13
11.	Forstwirtschaft	13
11.1.	INTERREG-IVc-Projekt „Futureforest“.....	13
12.	Naturschutz	13
12.1.	„Natura 2000 - Partnerschaftlicher Naturschutz“	13
13.	Verschiedenes.....	14
13.1.	Geringerer Einfluss der EU auf die Gesetzgebung als angenommen	14
II.	Aus der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU	14
1.	Informationsbesuch der Abteilung III des Ministeriums des Innern in Brüssel	14

I. Aus den Fachbereichen

1. Justiz

1.1. EuGH: Einfrieren von Geldern von mutmaßlichen Terroristen verstößt nicht gegen Unschuldvermutung

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in 1.Instanz wies am 02.09.2009 eine Klage eines marokkanischen Staatsangehörigen ab, der sich durch seine Aufnahme in eine von der Europäischen Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung geführte Liste in seinen Grundrechten, insbesondere der Unschuldsvermutung verletzt sah. In der Liste werden Personen erfasst, deren Gelder einzufrieren sind. Die Erfassung des Klägers in der Liste erfolgte bereits vor seiner rechtskräftigen Verurteilung wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung. Als Begründung gab der Gerichtshof an, dass das Einfrieren der Gelder keine Sanktion, sondern eine Sicherungsmaßnahme darstelle. Weitere Informationen:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-09/cp090067de.pdf>

(Anja Breyer)

1.2. KOM-Präsident: Pläne für eigenständiges Justizresort

Bei der Vorstellung seines Arbeitsprogramms für die nächsten fünf Jahre hat der Kommissionspräsident Barroso am 15.09.09 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg die Schaffung neuer Kommissarposten u.a. für die Bereiche Justiz (Commissioner for Justice, Fundamental Rights and Civil Liberties) und Inneres (Commissioner for Internal Affairs and Migration) in Aussicht gestellt.

Damit wird nunmehr der in nationalen Systemen üblichen Trennung von Justiz- und Innenangelegenheiten Rechnung getragen. Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/391>

(Anja Breyer)

2. Polizei und Katastrophenschutz

2.1. KOM: Europäischer Aktionsplan gegen Drogen

Am Internationalen Tag gegen Drogenmissbrauch und -handel (26.06.09), hat die KOM den Europäischen Aktionsplan gegen Drogen vorgestellt, mit dem sie die Drogenbekämpfungsmaßnahmen der MS ergänzen will. Vor allem soll die Zivilgesellschaft angeregt werden, sich mit der Drogenproblematik und den Risiken zu befassen. Die Generaldirektion Freiheit, Sicherheit und Recht ruft alle nationalen und lokalen Behörden, Einrichtungen, Unternehmen, Medien und Einzelpersonen auf, sich zu beteiligen. Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/ead/html/index.jsp> (Website EU Action on drugs)

http://ec.europa.eu/ead/docs/action_plan/anti-drug_v12_DE.PDF (EU-Aktionsplan)

(Anja Breyer)

2.2. KOM: Strafverfolgungsbehörden und Europol sollen Zugriff auf EURODAC erhalten

Die Europäische Kommission hat am 10.09.2009 ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das den nationalen Strafverfolgungsbehörden sowie Europol nunmehr den von Deutschland seit langem geforderten Zugriff auf die EURODAC- Datenbank gestatten soll, wenn dies zur Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und anderer schwerer Straftaten (wie z.B. Menschen- und Drogenhandel) nötig ist. In EURODAC werden seit 2003 Fingerabdrücke von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern gespeichert, um Mehrfachasylanträge (sog. „Asylshopping“) zu verhindern.

Wegen der Säulenstruktur der geltenden EU-Verträge umfasst der Kommissionsvorschlag zwei Rechtsakte: eine Verordnung und einen Ratsbeschluss. Durch Änderung der geltenden EURODAC-Verordnung (1. Säule: Mitentscheidungsverfahren) soll der Kreis der berechtigten Behörden erweitert werden; durch (einstimmigen) Ratsbeschluss (3. Säule) sollen die Einzelheiten des Zugriffs geregelt werden. Mehr unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0342:FIN:DE:PDF>(Verordnung)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0344:FIN:DE:PDF>(Ratsbeschl.)

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1295&format=HTML&aged=0&language=DE&gui>

(Anja Breyer, Roland Stevener)

2.3. Zwei Personen aus sog. EU-Terrorliste gestrichen

Der Sanktionsausschuss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hat im August 2009 beschlossen, die Liste der Personen und Gruppen und Organisationen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen einzufrieren sind, um zwei Personen zu reduzieren. Die aus der EU-Terrorliste gestrichenen Namen sind im Amtsblatt der EU vom 25.August 2009 (Verordnung (EG) Nr. 774/2009) veröffentlicht.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:223:0024:0025:DE:PDF>

(Anja Breyer)

2.4. RAT: „Interimsabkommen“ zum Austausch von Bankdaten mit den USA zur Terrorismusbekämpfung

Am 17.09.2009 stimmte der Ministerrat infolge des Drucks der Abgeordneten des Europäischen Parlamentes (EP) zu, das Abkommen mit den USA zum Austausch von Bankdaten im Jahr 2010 neu zu verhandeln. Ursächlich für die Forderung des EP die Bankdatenübermittlung über den internationalen Finanzdienstleister SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) unter neue Bedingungen zu stellen, ist eine vor zwei Monaten erlassene Rechtsgrundlage des RAT. Im Juli 2009 hatte der EU-Außenministerrat der Kommission ein Mandat für die Verhandlungen mit den USA über ein internationales Abkommen über die Bereitstellung von Daten über Finanztransaktionen zu Zwecken der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus und der Terrorismusfinanzierung erteilt, jedoch ohne Beteiligung des Europäischen Parlaments.

Derzeit handelt die EU ein auf maximal zwölf Monate begrenztes „Interimsabkommen“ mit den USA aus. Erst nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags, welcher dem EP mehr Mitspracherechte zuteilt, soll dann unter Beteiligung des EP ein neues und langfristiges Abkommen ausgehandelt werden. Weitere Informationen: http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-60698-257-09-38-902-20090915IPR60697-14-09-2009-2009-false/default_de.htm

(Anja Breyer)

2.5. KOM: Änderung Führerschein-Richtlinie – gesundheitliche Anforderungen

Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt vom 26.08.09 ist die Richtlinie 2009/113/EG der Kommission zur Änderung der Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Führerschein in Kraft getreten. Die Änderungen beziehen sich auf den Anhang 3 der Richtlinie 2006/126/EG und beinhalten die im Zuge der Überprüfung der gesundheitlichen Anforderungen bei Führerscheinprüfungen ermittelten Gesundheitsstörungen (Sehschwächen, Diabetes und Epilepsie), welche als die Fahrtüchtigkeit beeinträchtigend eingeschätzt wurden. Die Änderung der Richtlinie ist nun binnen eines Jahres in nationalstaatliche Rechtsvorschriften umzusetzen.

Weitere Informationen:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:223:0031:0035:DE:PDF>

(Anja Breyer)

3. Inneres

3.1. Rat der Justiz- und Innenminister am 21./22.09.2009 in Brüssel

Am 21./22.09.2009 tagte in Brüssel der Rat der EU-Justiz- und Innenminister (JI-Rat). Gegenstand der Beratungen waren ausschließlich migrations- und asylrechtliche Themen.

Zunächst stellte die Europäische Kommission ihre Vorschläge für ein gemeinsames EU-Resettlement- Programm vor, an dem sich die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis beteiligen können und das dazu beitragen soll, die Neuansiedlungsaktivitäten der EU auszuweiten. Es umfasst ein Verfahren zur Festlegung gemeinsamer jährlicher Prioritäten für Neuansiedlungsmaßnahmen und die entsprechende Steuerung des Mitteleinsatzes. Eine enge Zusammenarbeit mit dem UNHCR, die Koordinierung mit der externen Politik der EU sowie regelmäßige Berichterstattung über die Neuansiedlung in der EU und Bewertung des Programms sind ebenfalls vorgesehen. Die praktische Zusammenarbeit in der EU unterstützen soll das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), das seine Arbeit voraussichtlich im Jahr 2010 aufnehmen wird. Der Ministerrat begrüßte den Vorschlag der Kommission.

Auf Initiative Deutschlands fand sodann eine erneute ausführliche Aussprache zur europäischen Asylpolitik statt. Mit Blick auf das von der Kommission für Oktober 2009 angekündigte Asylpaket II plädierte Deutschland dafür, zunächst das bestehende Asylsystem zu evaluieren und eine ordnungsgemäße Anwendung des derzeit geltenden Rechtsrahmens sicherzustellen. Zur Umsetzung einer einheitlichen europäischen Asylstrategie hatte die Kommission bereits am 3.12.2008 Vor-

schläge für ein Erstes Asylnpaket (Dublin-VO, RL Aufnahmebedingungen, EURODAC-VO) und am 18.02.2009 einen weiteren Vorschlag für die Errichtung des EASO auf den Weg gebracht.

Weitere Ratsthemen betrafen

- die Problematik alleinreisender Minderjähriger (die Kommission wurde aufgefordert, hierzu Anfang 2010 einen Aktionsplan vorzulegen),
- ein Follow-up der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 18. Juni 2009 (Bekämpfung der illegalen Einwanderung an den südlichen Seegrenzen der EU),
- ferner die Annahme von Schlussfolgerungen zum Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen (die Mitgliedstaaten sollen die effektive Umsetzung der Richtlinie 2004/38/EG sicherstellen und weiterhin den Missbrauch dieses Rechts bekämpfen).

Am Rande des Treffens unterrichtete die Kommission über ihre Bemühungen, die Visafreiheit für tschechische Staatsangehörige in Kanada wiederherzustellen.

(Roland Stevener)

3.2. KOM: Neues Flüchtlingsprogramm („Resettlement“)

Heimatlose Flüchtlinge aus anderen Ländern sollen in der EU zukünftig besseren Schutz erhalten. Vor dem Hintergrund von weltweit 10 Millionen Flüchtlingen und in Anlehnung an die Aufnahme irakischer Flüchtlinge in der EU hat die EU-Kommission am 2.09.2009 die Einrichtung eines „EU-Programmes zur Neuansiedlung von Flüchtlingen“ (sog. „Resettlement“) vorgeschlagen. Ziel ist es, die Neuansiedlung aus ihrer Heimat vertriebener Menschen aus Drittstaaten (v.a. aus Afrika und Asien) in der EU zu erleichtern. Dabei geht es um Personen, die sich noch nicht in einem Mitgliedstaat der EU aufhalten und aus diesem Grunde auch keine Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen. Den Mitgliedstaaten steht es frei, sich an dem Neuansiedlungsprogramm zu beteiligen.

Neuansiedlungsprogramm: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st12/st12986.de09.pdf>

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1267&format=HTML&aged=0&language=DE&gui>

(Roland Stevener)

3.3. KOM: Bericht über die Entwicklung des Visa-Informationssystems (VIS) in 2008

Am 15.09.2009 hat die Europäische Kommission ihren Bericht über die Entwicklung des Visa-Informationssystems (VIS) im Jahre 2008 vorgelegt, der unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0473:FIN:DE:PDF>

abgerufen werden.

(Roland Stevener)

3.4. KOM: Tätigkeitsbericht 2008 der EURODAC-Zentraleinheit

Nach der EURODAC-Verordnung vom 11.12.2000 hat die Europäische Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat jährlich einen Bericht über die Tätigkeit der EURODAC-Zentraleinheit vorzulegen. Der nunmehr vorliegende 6. Tätigkeitsbericht gibt Aufschluss über Verwaltung und Leistung des Systems im Jahr 2008 und bewertet die Effizienz und Kostenwirksamkeit von EURODAC (dieses biometrische Instrument wird unionsweit zur Bestimmung des für die Prüfung eines Asylantrags zuständigen Mitgliedstaats genutzt) sowie die Dienstleistungsqualität der Zentraleinheit. Dem Bericht zu Folge ist ein deutlicher Anstieg der Zahl der beim illegalen Überschreiten einer EU-Außengrenze aufgegriffenen Personen (um über 60 %) zu verzeichnen. Die Zahl der Fälle, in denen eine Person Asylanträge in mehreren Mitgliedstaaten oder in einem Land wiederholt einen Asylantrag gestellt hat („Mehrfachanträge“), ist unverändert. 17,5 % der 2008 gestellten Asylanträge waren Folgeanträge.

Bericht: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0494:FIN:DE:PDF>

Pressemitteilung der KOM:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1357&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Roland Stevener)

3.5. KOM: Letzter Appell zur freiwilligen Einführung eines neuen Fahrzeugsicherheitssystems „ecall“

Die KOM hat am 21.08.2009 einen letzten Appell an alle Mitgliedsstaaten gerichtet, die freiwillige Einführung der neuen bordeigenen Kommunikationstechnologie eCall zu beschleunigen. Bei schweren Autounfällen würde das System automatisch die einheitliche europäische Notrufnummer 112 anrufen und den Standort an die nächstgelegene Notrufzentrale übermitteln. Mit Einführung des eCall, welches weniger als 100 Euro pro Fahrzeug kosten soll, könnten jährlich 2500 Menschenleben EU-weit gerettet werden. Bisher haben 15 MS, darunter auch Deutschland, eine Absichtserklärung zu eCall unterzeichnet. Für den Fall, dass die Einführung des Systems bis Ende 2009 keine wesentlichen Fortschritte macht, hat die KOM angekündigt, entsprechende Rechtsvorschriften vorzuschlagen.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1245&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Anja Breyer)

3.6. Eurostat: Europa in Zahlen - Jahrbuch 2009 veröffentlicht

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften hat am 18. September die Ausgabe 2009 des statistischen Jahrbuchs veröffentlicht. In den mehr als 500 Seiten und sechzehn Hauptkapiteln werden alle wichtigen Bereiche und Schlüsselindikatoren der EU27, der Euro-Zone, den EU-Mitgliedsstaaten und der Kandidatenländer durch eine umfassenden Auswahl an statistischen Daten, unterstützt mit erklärenden Texten, dargestellt. Soweit verfügbar, sind auch Angaben der EFTA-Staaten sowie den USA und Japan abrufbar. Weitere Informationen:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home>

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-CD-09-001/DE/KS-CD-09-001-DE.PDF

(Anja Breyer)

3.7. EuGH: Urteil zur Zulässigkeit des staatlichen Glücksspielmonopols (Rechtssache C-42/07 – „Liga Portuguesa“)

Mit Urteil vom 8.09.2009 hat der EuGH in der Rechtssache C-42/07 („Liga Portuguesa“) entschieden, dass EU-Staaten Glücksspiele und Sportwetten im Internet verbieten dürfen, um Betrug und andere Straftaten zu verhindern. Zwar beschränke das in Portugal bestehende Verbot von Online-Wetten die Dienstleistungsfreiheit privater Anbieter (hier: „Liga Portuguesa“ und „bwin“) im Sinne von Art. 49 EG-Vertrag. Allerdings sei diese Beschränkung in dem zu entscheidenden Fall zur Eindämmung von Betrug und anderen Straftaten gerechtfertigt. Nach Ansicht der Richter brächten Online-Glücksspiele wegen des fehlenden Kontakts zwischen Spielern und Anbietern eine erhöhte Betrugsgefahr mit sich. Vor diesem Hintergrund sei das portugiesische Verbot privater Betreiber geeignet, den Betrieb von Glücksspielen im Internet in kontrollierte Bahnen zu lenken und die Verbraucher vor Betrug durch private Anbieter zu schützen. Das Urteil ist unter Einfügung des Aktenzeichens C-42/07 abrufbar unter:

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-42%2F07&ddefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Suchen)

[bin/form.pl?lang=de&newform=newform&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-42%2F07&ddefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Suchen.](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-42%2F07&ddefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Suchen)

(Roland Stevener)

3.8. EuGH: Urteil zum Begriff der Dienstleistungskonzession (Rechtssache C-206/08 – „WAZV Gotha“)

Der EuGH hat am 10.09.2009 eine Entscheidung zur Abgrenzung von Dienstleistungsaufträgen, die dem EU-Vergaberecht unterliegen, und (nicht ausschreibungspflichtigen) Dienstleistungskonzessionen getroffen. Der EuGH stellte klar, dass bei einem Vertrag über Dienstleistungen der Umstand, dass eine unmittelbare Entgeltzahlung des öffentlichen Auftraggebers an den Auftragnehmer nicht erfolgt, sondern der Auftragnehmer das Recht erhält, seinerseits Entgelte von Dritten zu erheben, genügt, um den betreffenden Vertrag als „Dienstleistungskonzession“ im Sinne des Art. 1 Abs. 3 Buchst. b der Richtlinie 2004/17/EG vom 31.03.2004 einzuordnen, wenn das vom öffentlichen Auftraggeber eingegangene Betriebsrisiko aufgrund der öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung der Dienstleistung von vornherein zwar erheblich eingeschränkt ist, der Auftragnehmer aber dieses eingeschränkte Risiko in vollem Umfang oder zumindest zu einem erheblichen Teil übernimmt.

Das vollständige Urteil kann nach Eingabe des Aktenzeichens C-206/08 unter

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-206%2F08&ddatefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddatefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Suchen> abgerufen werden.

(Roland Stevener)

3.9. Widerruf der Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft von Irakern

Das BVerwG hat zu entscheiden, ob die Flüchtlingseigenschaft von fünf vor dem Saddam-Regime geflohenen Irakern im Jahre 2005 mit der Begründung widerrufen werden durfte, dass sich die Verhältnisse im Irak nach dem Sturz Saddams grundlegend geändert hätten. Im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens hat das BVerwG den EuGH am 29.04.2008 um Hinweise zu den Voraussetzungen für das Erlöschen der Flüchtlingseigenschaft nach Art. 11 Abs. 1 Buchst. e der Richtlinie 2004/83/EG gebeten. Zum Anderen möchte das BVerwG klären lassen, auf welche Weise neue, andersartige Verfolgung begründende Umstände zu prüfen sind, wenn die bisherigen Umstände, aufgrund deren der Betreffende als Flüchtling anerkannt wurde, entfallen sind.

Der Generalanwalt beim EuGH hat am 15.09.2009 seine Schlussanträge gestellt. Danach setzt das Erlöschen der Flüchtlingseigenschaft den Fortfall der Voraussetzungen der Anerkennung sowie das Vorhandensein eines effektiven, die Verfolgung des Betroffenen ausschließenden Schutzes im Herkunftsland voraus. Dieser Schutz müsse primär durch das Herkunftsland geleistet werden; der Schutz könne aber auch mit Unterstützung multinationaler Truppen, die mit einem offiziellen Mandat ausgestattet seien, gewährleistet werden. Zu den Schlussanträgen im Einzelnen:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnorec=alldocnorec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&radtypeord=on&typeord=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&numaff=C-175%2F08&ddatefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddatefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100&Submit=Suchen>

(Roland Stevener)

4. Wirtschaft

4.1. Mitteilung zur Innovationspolitik und öffentliche Konsultation veröffentlicht

Die gemeinsamen Aktivitäten der Mitgliedstaaten der EU 27 zur Unterstützung von Innovation in Europa tragen Früchte. Wie eine am 02.09.09 veröffentlichte Mitteilung dokumentiert, wurden im Rahmen der erneuerten Lissaboner Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung ("Lissabon-Strategie") seit 2006 erhebliche Fortschritte geleistet, um den Übergang zu einer wissensbasierten CO2-armen Wirtschaft in der EU zu meistern. Die Mitteilung gibt einen guten Überblick in welchen Politikbereichen die Europäische Kommission Initiativen ergriffen hat, um Innovationsprozesse in Europa zu unterstützen. Hierbei wird insbesondere auf die Schaffung von innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen verwiesen, die sich u. a. durch die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie oder durch Verwaltungsvereinfachungen für kleine und mittelständische Unternehmen im Rahmen des sog. "Small Business Act" manifestieren. Ferner werden seitens der EU zur Unterstützung von Innovation in Europa erhebliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt. So werden alleine aus den Strukturfonds rd. 86 Mrd. zur Unterstützung von Forschung und Innovation in den europäischen Regionen vorgehalten; darüber hinaus stehen das 7. Forschungsrahmenprogramm sowie das Programm zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) zur Verfügung.

Neben dem Verweis auf die erzielten Erfolge wird auch auf die noch vorhandenen Schwächen verwiesen, die zukünftiger Aktivitäten bedürfen, wie z. B. die Erhöhung der Synergien zwischen den bestehenden Programmen sowie eine Fokussierung der Aktivitäten der EU auf ausgewählte Bereiche. Um den Bedarf an einem europäischen Rechtsakt im Bereich der Innovationspolitik zu ermitteln hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation eingeleitet, die noch bis zum 16. November 2009 geöffnet ist (s. auch:

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/policy/future-policy/consultation_en.htm).

Weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/innovation/policy/future-policy/index_en.htm

(Birgit Urban)

5. Verkehr

5.1. Verkehrsforschung in der EU

Eine neue Broschüre zu den EU- Aktivitäten im Bereich Transportforschung findet sich unter http://ec.europa.eu/research/transport/pdf/fp7_shiftingup_en.pdf

Eine Datenbank zu Forschungsprojekten im Transportsektor (Land-, See- und Luftverkehr), die im Rahmen des 6. Forschungsrahmenprogramms gefördert wurden ist einsehbar unter http://ec.europa.eu/research/transport/projects/search_en.cfm

(Ellen Kray)

5.2. Schienenverkehr: Harmonisierung erfolgreich, aber zu langsam

Anlässlich der Konferenz zur Eisenbahnsicherheit stellte die EU- Kommission am 8. September 2009 einen Bericht über die Umsetzung der Richtlinien über die Eisenbahnsicherheit und die Interoperabilität des Eisenbahnsystems vor. Das Hauptergebnis: Die Harmonisierung der technischen Anforderungen verläuft im Großen und Ganzen qualitativ zufriedenstellend, hält die Umsetzung der harmonisierten Vorschriften aber noch für zu langsam. Dies sei auch auf den langen Lebenszyklus von Teilen des Eisenbahnsystems - Infrastruktur und Fahrzeuge - zurückzuführen. Mehr unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1282&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Ellen Kray)

5.3. Ex- Post- Analyse 2000-2006 im Verkehrsbereich

Im August veröffentlichte die Generaldirektion Regionalpolitik einen ersten Zwischenbericht zum Einsatz der Strukturfondsmittel für den Auf- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in 18 Mitgliedstaaten in der Förderperiode 2000-06. Es finden sich in der Studie allgemeine Aussagen sowie Einzelberichte zu den Mitgliedstaaten. Mehr unter:

http://ec.europa.eu/transport/infrastructure/doc/2009_intermediate_report_dg_regio.pdf

(Ellen Kray)

5.4. Neuregelung zum Marco Polo II

Nach der Überprüfung des Förderprogramms „Marco Polo II“ zur Verbesserung der Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems wurde am 16. September 2009 die überarbeitete Verordnung vorgestellt. Die neue Verordnung soll die Teilnahme von Klein- und Kleinstunternehmen mehr fördern. Die Schwellen für die Förderfähigkeit von Aktionen werden gesenkt, die Förderintensität erhöht und die Durchführungs- und Verwaltungsverfahren des Programms vereinfacht. Die geänderte Verordnung wird in Kürze veröffentlicht und tritt dann in Kraft.

(Ellen Kray)

6. Energie

6.1. Einigung auf "Fonds Marguerite"

Anfang September einigten sich die großen, öffentlichen Finanzinstitute European Investment Bank (EIB), Caisse des Dépôts, Cassa Depositi e Prestiti (Italy) und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) über die Ausgestaltung des europäischen Fonds 2020 für Energie, Klimawandel und Infrastruktur ("Fonds Marguerite") als Eigenkapitalfonds. Es sollen Eigenkapital- und Quasi-Eigenkapitalprojekte in den genannten Bereichen finanziert sowie der Energiebinnenmarkt, die Einbeziehung erneuerbarer Energien und die Verbesserung der internen Versorgungssicherheit gefördert werden. Die Einrichtung des Fonds war Bestandteil der Beschlüsse des Europäischen Rates im September 2008. Die Fördervolumen soll Ende 2011 1,5 Mrd. Euro umfassen. Damit soll der Fonds ein zentrales Finanzierungsinstrument vor allem für langfristige Projekte im Bereich Klimaschutz werden. Es wollen sich weitere Institute beteiligen. Mehr unter:

<http://www.eib.org/about/press/2009/2009-171-accord-des-principales-institutions-financieres-publiques-europeennes-sur-le-fonds-marguerite-qui-accueille-2-nouveaux-investisseurs-fondateurs-de-reference-core-sponsors.htm?lang=en>

(Ellen Kray)

7. Kultur und Medien

7.1. Neue Studie: Der Einfluss von Kultur auf Kreativität

Die Generaldirektion Bildung und Kultur hat eine Studie mit dem Titel „Der Einfluss von Kultur auf Kreativität“ in Auftrag gegeben. Sie wurde im Sommer veröffentlicht und wird gegenwärtig in verschiedenen Gremien diskutiert. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Europa das Potential der Kultur besser nutzen sollte, um Kreativität und Innovation zu fördern. Dafür wird in der Studie ein Kreativitätsindex (mit 32 Indizes) entwickelt und ein Maßnahmenkatalog vorgeschlagen. Die Studie ist zu finden unter: http://ec.europa.eu/culture/key-documents/doc2183_en.htm Eine Zusammenfassung in deutscher Sprache findet sich unter: http://ec.europa.eu/culture/key-documents/doc/study_impact_cult_creativity_de.pdf

(Ellen Kray)

8. Forschung

8.1. FP7: Neue Ausschreibungen im Themenbereich "Transport" veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am 30. Juli 2009 neue Ausschreibungen im Spezifischen Programm 'Zusammenarbeit', Themenbereich 7 "Transport" veröffentlicht. Es wird u. a. um die Einreichung von Vorschlägen in den Bereichen Luftverkehr, Effizienzsteigerung und Kundenzufriedenheit sowie zu nachhaltigem Landverkehr. Abgabeschluss ist jeweils Anfang 2010. Alle für eine Antragstellung erforderlichen Unterlagen sind auf der CORDIS-Website zu finden: <http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm> oder über die Koordinierungsstelle der Wissenschaftsorganisationen (KoWi) http://www.kowi.de/desktopdefault.aspx/tabid-152/336_view-383/ Eine neue Broschüre zu den EU- Aktivitäten im Bereich Transportforschung findet sich unter http://ec.europa.eu/research/transport/pdf/fp7_shiftingup_en.pdf (Ellen Kray)

8.2. ERA for dummies

Im Jahr 2000 entschied sich die EU zur Schaffung des Europäischen Forschungsraums. Unter dem Titel „The ERA for dummies“ stellt die GD Forschung die Geschichte, die Ziele und die Herausforderungen des Europäischen Forschungsraums (European Research Area) vor. Mehr unter: http://ec.europa.eu/research/infocentre/article_en.cfm?id=/research/research-eu/58/article_5824_en.html&item=Research%20policy&artid=11738 (Ellen Kray)

8.3. Nachhaltige Forschung

Im Mai veranstaltete die Generaldirektion Forschung eine Konferenz unter dem Titel „Sustainable development – a challenge for European research“. Es wurden wissenschaftliche Papiere ausgezeichnet und es fanden sowohl Plenar- als auch Parallelvorträge zu einer Reihe von Themen statt, z. B. zu Fragen der Stadtentwicklung, der Forschung in oder für Unternehmen, Gewässerschutz oder Forschungskonzepten. Zu den Referenten gehörten Wissenschaftler aus dem GeoForschungszentrum Potsdam (GFZ), dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) in Brandenburg (siehe auch Bericht Nr. 05/09). Die Vorträge sind nun einsehbar unter: http://ec.europa.eu/research/sd/conference/2009/index_en.cfm?pg=programme (Ellen Kray)

8.4. ERC Starting Grant: Erfolgreiche Antragsteller veröffentlicht

Der European Research Council (ERC) hat am 8. September eine Liste der erfolgreichen Antragsteller der zweiten Starting Grant-Ausschreibung veröffentlicht. Es sollen insgesamt bis zu 243 Projekte (bei 2.503 Vorschlägen) gefördert werden, 219 sofort, weitere 24 später. Rund 23% der erfolgreichen Antragsteller sind Frauen. Die Empfänger der Starting Grants stammen aus 33 Ländern und werden in Forschungseinrichtungen in 19 Staaten tätig sein. Das Durchschnittsalter der erfolgreichen Wissenschaftler liegt bei 36 Jahren. Unter den 219 zur Förderung ausgewählten Anträgen (erste Gruppe) sind 25 Antragsteller von deutschen Institutionen, u. a. aus Berlin. Mehr unter: http://erc.europa.eu/pdf/Press_release_StG-2_results.pdf (Ellen Kray)

8.5. EIT: Dr. Gérard de Nazelle als neuer Direktor gewählt

Der Verwaltungsrat des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT) mit Sitz in Budapest hat den Franzosen Dr. Gérard de Nazelle zum Direktor gewählt. Er hat Physik an der Technische Universität Delft studiert und war zuletzt bei SHELL in Den Haag als „Global Manager Innovation and Research“ tätig. Er soll sein Amt am 1.1.2010 antreten. In seiner vierjäh-

rigen Amtszeit soll er die EIT- Geschäftsstele und die ersten „Knowledge and Innovation Communities“ (KICs) einrichten. Mehr unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1337&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

(Ellen Kray)

9. Bildung und Jugend

9.1. Unterrichtshilfen für Lehrer

Auf der Seite http://europa.eu/teachers-corner/index_de.htm finden Lehrer - und natürlich auch andere Interessierte - Unterrichtsmaterialien zum Thema Europa. Sie wurden von verschiedenen EU-Institutionen, Regierungs- und Nichtregierungsstellen speziell für junge Menschen erstellt, damit sie die Europäische Union besser kennenlernen. Das Material ist verfügbar für Schüler bis 9 Jahren, von 9 bis 12, von 12 bis 15 bis und ab 15 Jahren.

(Ellen Kray)

9.2. ERASMUS: 2 Millionen-Schwelle überschritten

Mehr als 162 000 Studierende, 27 000 Hochschullehrer und 20 000 Betriebspraktika von Studierenden wurden im akademischen Jahr 2007/08 aus dem Erasmus-Programm der EU für Mobilität und Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen gefördert. Das geht aus den neuesten Zahlen hervor. Mit insgesamt 182 697 Austauschteilnehmern stieg die Mobilität der Studierenden im Jahr 2007/2008 um über 5 % (Studienplätze und Praktikantenstellen). Gleichzeitig erhöhte sich auch der Zuschuss für Erasmus-Studierende deutlich und beträgt nun für beide Mobilitätsformen zusammengekommen durchschnittlich über 250 EUR pro Monat. Deutschland bleibt der größte „Entsender“ mit 23 553 Erasmus Studenten. Mehr unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1204&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

(Ellen Kray)

9.3. LEONARDO DA VINCI: Schulungsseminar in Bonn

Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) führt am 27. Oktober eine Schulung für neue Antragstellerinnen und Antragsteller durch, die sich im Programm LEONARDO DA VINCI bewerben wollen in Bonn. LEONARDO DA VINCI ist das Programm der Europäischen Union für den Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Es unterstützt die transnationale Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in diesem Bereich, indem es Auslandsaufenthalte zum beruflichen Lernen fördert und in europäischen Partnerschaften innovative Lehr- und Lernmaterialien oder Zusatzqualifikationen entwickelt. Mehr zum Seminar unter:

http://www.na-bibb.de/veranstaltungen_termine_181.html

(Ellen Kray)

9.4. GRUNDTVIG Lernpartnerschaften: 139 Förderzusagen

Das Programm GRUNDTVIG richtet sich an die allgemeine Erwachsenenbildung und will neue Erkenntnisse über die europäische Dimension vermitteln. GRUNDTVIG umfasst formelle, nicht-formelle und informelle Formen des Lernens. Die Antragsrunde 2009 konnte mit 139 geförderten Lernpartnerschaften erfolgreich abgeschlossen werden. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von fast 17 Prozent. Mit 81 Anträgen ist die Anzahl der Einrichtungen, die zum ersten Mal eine Förderung erhalten, wieder hoch. Die Zahl der Einrichtungen, die eine Lernpartnerschaft 2009 koordinieren, ist mit 37 im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant geblieben (2008: 32). Mehr unter: http://www.na-bibb.de/grundtvig_4.html

(Ellen Kray)

9.5. Sprachenlernen in der EU: Kleine Länder vorn

Am europäischen Tag der Sprache, dem 26. September, veröffentlichte EUROSTAT eine Untersuchung zum Fremdsprachen lernen in der EU im Jahr 2007. Es lagen Daten aus 24 Mitgliedstaaten vor. Für Deutschland, Zypern und Portugal lagen keine Zahlen vor. Ein Ergebnis: In vier EU-Ländern lernen hundert Prozent der Schüler in der Sekundarstufe II zwei oder mehr Fremdsprachen, nämlich in der Tschechischen Republik, den Niederlanden, Luxemburg und Finnland. Ein weiteres Ergebnis: In Großbritannien lernen mehr als die Hälfte der Schüler auf der Sekundarstufe II keine Fremdsprache. Mehr unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-24092009-AP/DE/3-24092009-AP-DE.PDF

10. Landwirtschaft

10.1. Milchkrise

Die Kommission hat, aufbauend auf ihrem im Juli veröffentlichten Marktbericht, weitere Vorschläge unterbreitet, die die Lage auf dem Milchmarkt stabilisieren sollen.

Es gäbe Anzeichen auf eine Verbesserung. Die Milchpreise in der EU seien im August um durchschnittlich 2 Prozent gestiegen. EU-Agrarkommissarin Fischer-Boel schlägt vor, die Effektivität des Mittels der Superabgabe (Strafabgabe für Betriebe, die ihre festgelegte Quote überliefern) zu erhöhen und diese Einnahmen für Umstrukturierungen zu nutzen. Den Mitgliedsstaaten wurde empfohlen auch eigene Mittel aus der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, die der ländlichen Entwicklung dienen sollen, für Strukturmaßnahmen einzusetzen. Ziel ist es, eine Mengenbegrenzung durch eine Entschädigung für Milcherzeuger zu gewähren, die ihre Produktion einschränken oder beenden. Zusätzliche EU-Finanzmittel sollen nicht bereit gestellt werden. Die dänische Kommissarin Fischer-Boel, die schon bekannt gegeben hat, aus Altersgründen für eine weitere Legislatur nicht mehr zur Verfügung zu stehen, betonte, dass schon 600 Mio € bis Ende des Jahres zusätzlich für den Milchsektor eingesetzt werden und durch die Beschlüsse zur Reform der Agrarpolitik im Zuge des „Health Check“ seit 2003 ca. 4,2 Milliarden Euro diesem Bereich zugeflossen seien.

Die Kommission plant, den Mitgliedsstaaten für einen befristeten Zeitraum höhere staatliche Förderungen für landwirtschaftliche Betriebe zu ermöglichen, die nicht als wettbewerbsverzerrende Beihilfen betrachtet werden. So könnten pro Betrieb statt bisher 7500 künftig 15000 Euro innerhalb von 3 Jahren gezahlt werden. Die Betragserhöhung dieser sogenannten „De-minis-Regelung“ wird jedoch nur bei Kleinbetrieben eine Hilfestellung sein.

Um künftig schneller auf das Marktgeschehen Einfluss nehmen zu können, will die Kommission das Recht erhalten, ohne vorherige Genehmigung der Mitgliedsstaaten Marktstützungsmaßnahmen durchführen zu können. Es besteht zudem die Absicht das EU- geförderte Schulmilchprogramm auch auf weitere Produkte auszuweiten.

Im November wird von der Kommission ein Bericht erwartet, der die Kräfteverhältnisse in der Lebensmittelkette vom Erzeuger bis zum Einzelhandel darstellen soll. Darauf aufbauend könnten Maßnahmen abgeleitet werden können, die das Ungleichgewicht verringern. Frau Fischer-Boel bevorzugt gegenüber den bisherigen Milchquoten ein System von Rahmenverträgen zwischen Landwirten und Molkereien. Um dieses zu entwickeln möchte die Kommission eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit nationalen Experten berufen.

Die Reaktionen auf diese Ankündigungen in einer Rede vor dem Europäischen Parlament waren sehr unterschiedlich. Von den betroffenen Staaten und den Verbänden werden die bisherigen Maßnahmen als unzureichend eingeschätzt. Die schwedische Ratspräsidentschaft wurde vor allem von Frankreich unter Druck gesetzt, sich intensiver mit diesem Thema auseinander zu setzen. Entgegen der ursprünglichen Planung hat Schweden nun zu einem weiteren Agrarministertreffen zum 5. Oktober eingeladen.

(Jörg Ecker)

10.2. Gentechnik und Futtermittel

In der EU gilt eine Nulltoleranz-Regelung für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Nicht zugelassenen GVOs dürfen somit auch nicht in geringsten Mengen importiert werden. Durch Spurenfunde von nicht zugelassenem gentechnisch verändertem Mais in Sojalieferungen für Deutschland, Spanien und Dänemark wurden mehrere Schiffsladungen in die EU zurückgewiesen. Importeure scheuen nun das Risiko des Importes von Futtermittel-Soja. Frau Fischer-Boel verwies darauf, dass auf diese Weise bisher 200000 Tonnen Soja aus den USA der Eintritt in die EU verwehrt worden sei. Sie plädiert für schnellere Zulassungsverfahren für GVO.

Die Futtermittelindustrie warnt die Politik nun vor einer Verknappung der Futtermittel in Deutschland wegen der Nulltoleranzregelung.

Hintergrund: Ohne den Import von Eiweißfuttermittel (überwiegend Sojaschrot aus Brasilien, Argentinien und den USA) könnte die landwirtschaftliche Tierhaltung, die sogenannte Veredelungswirtschaft sowie darauf aufbauend die Produktion von Fleisch, Milch und Eiern mengenmäßig nicht in diesem Ausmaß beibehalten werden. Dabei ist ohne Bedeutung, dass es sich um gentechnisch veränderten Sojaschrot handelt, entscheidend ist nur die Zulassung in der EU. Futtermittel in Deutschland haben häufig Anteile aus gentechnisch veränderten Rohstoffen. Bei einer Untersuchung des Raiffeisenverbandes wurde ermittelt, dass ca. 90 Prozent des Mischfutters für Rinder, Schweine und Geflügel deutliche GVO-Anteile enthielten. Schwierigkeiten im Import entstehen durch zeitlichen Unterschiede der Zulassungen der GVOs. Es soll nun nach einer praktikablen Lösung gesucht werden, die beispielsweise durch Festlegungen von Grenzwerten erfolgen könnte.

(Jörg Ecker)

11. Forstwirtschaft

11.1. INTERREG-IVc-Projekt „Futureforest“

Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz ist Lead-Partner im INTERREG-IVc-Projekt „Futureforest“, das zusammen mit 6 anderen europäischen Ländern und Regionen (Auvergne, Bulgarien, Katalonien, Lettland, Slowakei, Wales) durchgeführt wird. Ziel des im Oktober 2008 gestarteten Projektes ist es, Handlungsempfehlungen für die europäischen Wälder zu entwickeln, um den Herausforderungen durch den Klimawandel gerecht zu werden. Zur Vorbereitung und Weiterentwicklung des Projektes, dessen Ergebnisse mit in die Weiterentwicklung der europäischen Forstpolitik einfließen sollen, fand am 15.9.2009 ein Treffen mit brandenburgischen Projektverantwortlichen und einem Kommissionsvertreter in der Landesvertretung in Brüssel statt. Erste Ergebnisse zu den Bereichen (Bodenschutz, Biodiversität, Wassermanagement, Optimierung der Privatwaldbewirtschaftung, nachhaltige Holznutzung, CO₂-Bindung, Kommunikation in den politischen Bereich) werden auf einem Expertentreffen der beteiligten Länder am 5. Oktober in Barcelona vorgestellt und diskutiert. Weitergehende Informationen:

<http://www.futureforest.eu>

(Jörg Ecker)

12. Naturschutz

12.1. „Natura 2000 - Partnerschaftlicher Naturschutz“

Informativ und ansprechend gestaltet bietet die neue Broschüre der EU-Kommission mit dem Thema „Natura 2000 - Partnerschaftlicher Naturschutz“ umfangreiche Informationen zur Umsetzung dieses Programms:

<http://ec.europa.eu/environment/nature/info/pubs/docs/conservation/de.pdf>

(Jörg Ecker)

13. Verschiedenes

13.1. Geringerer Einfluss der EU auf die Gesetzgebung als angenommen

„Der Einfluss der Europäischen Union auf die deutsche Gesetzgebung ist geringer als allgemein angenommen. Nur 31,5 Prozent – also weniger als ein Drittel – der in der laufenden 16. Legislaturperiode vom Bundestag verkündeten und verabschiedeten Gesetze gingen auf einen Impuls der EU zurück.“ meldete die FAZ am 3. September. Mehr unter:

http://www.faz.net/s/Rub99C3EECA60D84C08AD6B3E60C4EA807F/Doc~ECE53A3E51DAD46E3AAFC3E6424FC109C~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss_politik

(Ellen Kray)

II. Aus der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

1. Informationsbesuch der Abteilung III des Ministeriums des Innern in Brüssel

Unter der Leitung von Herrn Abteilungsleiter Keseberg haben Führungskräfte der Abteilung III des Ministeriums des Innern der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU am 16./17.09.2009 in Brüssel einen Besuch abgestattet, um sich im Herzen der „Hauptstadt Europas“ über



aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene zu informieren. Neben einer Information über die Aufgaben der Landesvertretung standen Fachgespräche mit Beamten der Europäischen Kommission im Vordergrund. Dabei reichte die Themenpalette von aktuellen Entwicklungen im „Arbeitszeitrecht“ über die Antidiskriminierungsrichtlinie bis hin zu den neuesten Entwicklungen im europäischen Vergaberecht. Das Programm wurde abgerundet durch Besuche des Europabüros des Deutschen Landkreistages (Eurocommunale) sowie der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union.

(Roland Stevener)